

Winfried R. Garscha

Österreich – das schlechtere Deutschland?

Fakten und Legenden zum Verhältnis
Österreichs zum „Dritten Reich“ vor und nach
1938 und zu den NS-Verbrechen und ihrer
Aufarbeitung nach 1945

Vortrag in der Königlichen Bibliothek in Brüssel im Rahmen der Konferenz „AUTRICHE 1934–2000: Les origines d'un dérapage“, veranstaltet vom Centre d'Études et de Documentation „Guerre et Sociétés contemporaines“ (CEGES) / Studie- en Documentatiecentrum „Oorlog en Heedendagse Maatschappij“ (SOMA) 5. 4. 2000

Als die Europäische Union noch Europäische Gemeinschaft hieß und erst zwölf Staaten umfasste, erschien in Frankreich ein Buch mit dem Titel „L'Autriche – Treizième des Douze?“, damals noch als Frage formuliert, weil der Autor in diesem heute noch lesenswerten Buch unter anderem die verschiedenen Vorbehalte gegen einen Beitritt Österreichs behandelte. Der Autor Felix Kreissler, langjähriger Professor an der Université de Haute Normandie in Rouen und Gründer der akademischen Halbjahreszeitschrift AUSTRIACA, hat sich jahrzehntelang bemüht, einem französischsprachigen Publikum die Geschichte Österreichs nahe zu bringen und hat sich insbesondere mit dem gestörten Verhältnis der ÖsterreicherInnen zu sich selbst und zu ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt. Heute interessieren sich nicht nur Germanisten und Historiker, sondern ein breites Publikum für diese Fragen, und Experten wie Felix Kreissler sind viel gefragte Interviewpartner geworden.

Das Verhältnis Österreichs zum Nationalsozialismus ist wohl der problematischste Fragenkomplex der jüngeren Geschichte dieses Landes. Ich möchte mich auf zwei Fragen beschränken:

Erstens auf das historische Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland, wobei vieles bereits im Referat von Alain Colignon zur Sprache kam.

Und zweitens auf die Haltung des österreichischen Staates und der österreichischen Bevölkerung zu den nationalsozialistischen Verbrechen und der Mitverantwortung von ÖsterreicherInnen daran.

Innenpolitische Gräben 1933–1938

Die Regierungen von Engelbert Dollfuß und seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg führten zwischen 1933 und 1938 einen Zweifrontenkrieg gegen die linke *und* die rechte Opposition. 1932 hatten die Nationalsozialisten nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich spektakuläre Wahlerfolge erzielt. Nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland versuchten seine Parteigänger in Österreich, durch Terror und massive Propaganda, auch in Österreich einen nationalsozialistischen Umsturz zu erzwingen. Nach einem blutigen terroristischen Überfall im Juni 1933 wurde die Nazi-Partei in Österreich verboten. Doch die österreichischen Nazis führten ihre terroristischen Anschläge aus dem Untergrund heraus fort. Wir haben am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes vor kurzem ein Forschungsprojekt begonnen, das sich zum Ziel setzt, die Opfer dieses Nazi-Terrors *vor* 1938 zu untersuchen.

Nach dem Mord an Bundeskanzler Dollfuß im Juli 1934 gelang es der Regierung, den nationalsozialistischen Putschversuch nach zwei Tagen niederzuschlagen.

Man kann die Entwicklung Österreichs nach 1945 ohne die traumatische Erfahrung der beiden Bürgerkriege des Jahres 1934 (12. Februar, 25. Juli) nicht verstehen. Tiefe Gräben zerrissen die österreichische Gesellschaft.

- Zwischen Rot und Schwarz konnte es keine Versöhnung geben – die Regierung hatte das Bundesheer mit Artillerie auf Arbeiterwohnungen schießen und schwer verletzte Arbeiterfunktionäre zum Galgen schleppen lassen.
- Zwischen Schwarz und Braun stand der Mord der Nazis an Bundeskanzler Dollfuß.
- Und zwischen Rot und Braun nicht nur die ideologischen Gegensätze, sondern auch die reale Erfahrung des benachbarten Deutschland, wo die NSDAP, die in Österreich für die Wiedereinführung der Demokratie agitierte, massenhaft Arbeiterfunktionäre in die Konzentrationslager verschleppte. HistorikerInnen und PolitologInnen streiten in Österreich heute noch darüber, ob das bereits von Zeitgenossen als austrofaschistisch bezeichnete Regime als „fa-

schistisch“ im politikwissenschaftlichen Sinn gelten kann. Ich bleibe im folgenden bei diesem Begriff, aber nicht weil ich eine Debatte über Faschismusdefinitionen beginnen will, sondern um auf eine Tatsache von entscheidender Bedeutung aufmerksam zu machen: Wenn in Österreich von „Faschismus“ geredet wird, ist damit nicht automatisch Nationalsozialismus gemeint.

Die österreichische Bevölkerung machte die Erfahrung zweier faschistischer Diktaturen – derjenigen zwischen 1934 und 1938, in der es zwar auch Lager und Standgerichte gab, die aber in keiner Weise mit dem blutigen Massenterror des Nationalsozialismus vergleichbar ist, und derjenigen von 1938 bis 1945, der Nazi-Herrschaft, als Österreich Teil des „Großdeutschen Reiches“ war.

Verhältnis zu Hitler-Deutschland

Das Verhältnis des austrofaschistischen Regimes zum großen deutschen Nachbarn war ambivalent. Bundeskanzler Schuschnigg, der Nachfolger des ermordeten Kanzlers Dollfuß, war zwar monarchistisch eingestellt – aber so wie sich Kaiser Franz Joseph als „deutscher Fürst“ gesehen hatte, war auch Schuschnigg in seiner Vorstellung von einer angeblich deutschen Sendung Österreichs gefangen. Das ging so weit, dass er angesichts des angekündigten Einmarsches der Deutschen Wehrmacht im März 1938 dem österreichischen Bundesheer Schieß-Verbot erteilte, um – wie er in seiner letzten Rundfunkansprache sagte – kein „deutsches Bruderblut“ zu vergießen. Andererseits versuchte die Regierung Schuschnigg aber, gegenüber Hitler-Deutschland einen eigenständigen Kurs zu steuern und den permanenten Drohungen und Pressionen aus Berlin zu widerstehen; Teile des Regimes bemühten sich angesichts der Gefahr eines deutschen Einmarsches um einen Ausgleich mit der illegalen Arbeiterbewegung – und fanden Ansprechpartner, insbesondere bei der Kommunistischen Partei, die damals die Theorie von den ÖsterreicherInnen als eigenständiger, von den Deutschen unterschiedlicher Nation entwickelten und wegen der wachsenden Bedrohung durch Hitler-Deutschland sogar bereit waren, mit Nazi-Gegnern in der Regierung zu kooperieren.

Die österreichische Diplomatie hat nach 1945 immer wieder auf den Widerstand des Staates Österreich gegen den mit Druck und Terror operierenden großen Nachbarn zwischen 1933 und 1938 hingewiesen. Das ist zwar richtig, aber trotzdem nur die halbe Wahrheit. Denn höchste Funktionäre der austrofaschis-

tischen Staatspartei, der so genannten „Vaterländischen Front“, verhandelten laufend mit Vertretern der illegalen Nazi-Partei, immer noch in der Hoffnung, sie domestizieren zu können. Manche Kritiker der heutigen Regierung in Österreich haben Bundeskanzler Schüssel auf diese Erfahrung hingewiesen. Man hat darauf mit Recht geantwortet, dass die heutige FPÖ mit der illegalen NSDAP der Jahre 1933–1938 nicht zu vergleichen ist. Aber die politischen Lager in Österreich haben zwar ihre äußere Erscheinungsform sowie einen beträchtlichen Teil ihres traditionellen ideologischen Grundgerüsts modernisiert, doch an der politischen Grundstruktur hat sich nichts Fundamentales verändert.

Nach dem Treffen zwischen Hitler und Schuschnigg im Februar 1938 musste der österreichische Bundeskanzler seinen nazifeindlichen Generalstabschef absetzen und einen prominenten katholischen Nationalsozialisten, Seyß-Inquart, zum Innenminister ernennen. Ich will die Ausweglosigkeit der Schuschnigg-Regierung nicht gering schätzen – nur: heldenhafter Widerstand war das keiner! Mangelnden Heldenmut soll man niemandem vorwerfen. Vorzuwerfen ist dem austrofaschistischen Regime aber anderes. Ich will jetzt nicht auf die Frage Demokratie oder Diktatur eingehen – die Demokratie stand in diesen Jahren kaum wo in Europa hoch in Kurs. Entscheidender ist, dass das Regime durch eine extrem asoziale Austerity-Politik mit gigantisch hohen Arbeitslosenzahlen und einer politisch produzierten Massenarmut die Massen den Nazis geradezu in die Hände getrieben hat. Der harte Schilling, den die Regierungspropaganda Alpen-Dollar bezeichnete, war wichtiger als das Schicksal Hunderttausender Familien. Und das in einer Zeit, als in Deutschland durch die Rüstungsproduktion Hochkonjunktur herrschte. Das zweite Moment, mit dem die österreichische Regierung Hitler indirekt den Weg bereitete, betraf eine kulturelle Frage. Durch seine enge Bindung an die katholische Kirche und ideologische Rückgriffe auf die Zeit vor der Französischen Revolution hatte das austrofaschistische Regime dem Nationalsozialismus wenig entgegenzusetzen bei jenen vielen vor allem jungen Menschen, die in der NSDAP damals eine „moderne Erneuerungsbewegung“ sahen. Die letztendlich entscheidende *politische* Fehlentscheidung des Regimes war, dass es den Ausgleich mit dem einzig möglichen Verbündeten gegen die braune Gefahr, mit der in die Illegalität gedrängten und von der Polizei verfolgten Arbeiterbewegung, erst suchte, als es schon zu spät war, und sich selbst in den Tagen vor dem deutschen Einmarsch im März 1938 nicht zu einer Wiedezulassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften durchringen konnte.

Im Laufe des Jahres 1937 kam die Situation „ins Rutschen“ – nicht nur, weil Hitler-Deutschland einen offen expansionistischen Kurs einschlug, sondern auch, weil in Österreich selbst die illegale NSDAP ihren Mitgliederstand

von 70.000 auf 105.000 erhöhen konnte. Die neuen Mitglieder rekrutierten sich zu einem erheblichen Teil aus Beamten, Polizisten, Soldaten, also aus der staatlichen Bürokratie, wo man offenbar den Glauben daran aufgegeben hatte, dass sich die Regierung gegen den Druck aus Deutschland halten könne. In vorseilendem Gehorsam hat man den künftigen Machtwechsel schon vorweggenommen. So erklärt sich unter anderem die Tatsache, dass 1938, nach dem Ausscheiden von jeweils wenigen Dutzend Juden und einer ebenso geringen Zahl von deklarierten Nazi-Gegnern, das gesamte Bundesheer und die gesamte Polizei in Österreich auf Adolf Hitler vereidigt werden konnten.

„Anschluss“ 1938

Der bekannte sowjetische Publizist Ilja Ehrenburg hat, als er kurz nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 Wien besuchte und die zerschossenen Arbeiterwohnungen sah, in einer Reportage geschrieben, der einzige, der Grund zur Freude habe, sei Herr Hitler. Denn ein anderer – nämlich Dollfuß – habe für ihn die schmutzige Arbeit erledigt, und er – Hitler – könne in dieses Land nun als „Befreier“ kommen. Tatsächlich versuchten verschiedene Nazi-Führer sich 1938 der Arbeiterschaft in dieser Weise anzubiedern: Ihr seid von den Schwarzen entlassen und in die Internierungslager gesteckt worden – wir auch. Die Schwarzen verlangten Duckmäsertum – wir vergattern die Barrikadenkämpfer. Bei einigen fiel diese Demagogie auf fruchtbaren Boden. Aber entscheidend für die Massenbasis des Nationalsozialismus war nicht die Propaganda, sondern das, was die neuen Herren den Menschen anzubieten hatten: Arbeit, Brot und Wohnungen. Arbeit in der Rüstungsindustrie – und die Wohnungen der jüdischen Familien. Zwischen 1938 und 1940 verjagten die Nationalsozialisten in Wien 70.000 jüdische Familien aus ihren Wohnungen, in die so genannte „VolksgenossInnen“, die früher in Elendsquartieren gehaust hatten, einziehen konnten. Das waren exakt so viele Wohnungen, wie die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung des Roten Wien zwischen 1923 und 1933 aus dem Mitteln der Wohnbausteuer gebaut hatte. Rassismus zahlte sich für Zehntausende Menschen aus, brachte eine Verbesserung ihres Lebensstandards auf Kosten anderer Menschen.

Das sind Erfahrungen, die diese Menschen als permanentes schlechtes Gewissen mit sich herumschleppen. Ganz wenige stellen sich diesem Problem, die meisten reagieren mit einer trotzigem Verweigerungshaltung. Es gibt Häuser in Wien, in denen alte BewohnerInnen 1988 ganz ungeniert den 50. Jahrestag ihres Einzugs in die neue, große Wohnung feierten. In einem Haus in der Wal-

lensteinstraße, im 20. Bezirk, hatte bis 1938 die Familie Hilberg gelebt. Ein SA-Mann, so erzählt der bekannte Holocaust-Forscher Raoul Hilberg, stand im März 1938 mit gezückter Waffe vor der Tür und forderte die Hilbergs zum Verlassen ihrer Wohnung auf. Als Hilberg in den sechziger Jahren mit einem Freund Wien besuchte, gingen sie in das Haus und sahen an der Tür der Hilberg-Wohnung ein Schild mit dem Namen jenes SA-Mannes, der sie damals aus der Wohnung geworfen hatte. Hilberg läutete, eine ältere Frau öffnete, und als sein Freund sagte: „Wir suchen eigentlich die Familie Hilberg, die hat doch einmal hier gewohnt?“, wusste die Frau (offensichtlich die Witwe des seinerzeitigen „Arisierers“ der Wohnung) sofort, worum es ging und stotterte: „Die sind im Krieg weggezogen. Aber es ist ihnen eh nichts passiert!“

Abgesehen von der Katastrophe für die österreichischen Jüdinnen und Juden war der so genannte Anschluss des März 1938 dreierlei: Zunächst einmal ein militärischer Gewaltakt, nämlich der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich. Er war aber auch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich selbst, und zwar schon Stunden, bevor der erste deutsche Soldat österreichischen Boden betreten hatte – begünstigt durch Drohungen aus Berlin und die kampflose Kapitulation der austrofaschistischen Führung. Und schließlich war der „Anschluss“ auch die Eingliederung Österreichs in das „Dritte Reich“, dessen wichtigste Folge für die Menschen nicht die war, dass ein Staat von der Landkarte verschwand, sondern dass über eine Million Österreicher zur Deutschen Wehrmacht eingezogen wurden und damit teilhatten sowohl an den siegreichen Eroberungsfeldzügen samt der anschließenden Niederlage, die viele bis heute nicht verkraftet haben, als auch an den zahlreichen Verbrechen der Wehrmacht.

Nach Kriegsende

Als die Zweite Republik Österreich am 27. April 1945 von Vertretern der drei demokratischen Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ in Wien ausgerufen wurde, wurde in weiten Teilen Österreichs noch gekämpft. Und in diesen Kämpfen der Deutschen Wehrmacht auf österreichischem Boden kämpften Österreicher in deutscher Uniform gegen die Alliierten, die ihr Land befreiten. Für Millionen Österreicher war ihre Befreiung zunächst einmal die Niederlage und die Besetzung durch die Alliierten. Unter dem Begriff „Besatzungszeit“ hat man in Österreich nie die Zeit zwischen 1938 und 1945, sondern immer nur die zehn Jahre der alliierten Besatzung von 1945 bis zum Staatsvertrag von 1955 verstanden.

Aber sehr rasch begriffen sehr viele ÖsterreicherInnen, welche Chance ihnen die Alliierten geboten hatten, als sie 1943 bei ihrer Tagung in Moskau Österreich zum ersten Opfer Hitlers erklärt hatten. Niemand wollte etwas wissen von der Mitschuld an Krieg und Verbrechen durch die Beteiligung fast der gesamten männlichen Bevölkerung Österreichs an den Feldzügen der Deutschen Wehrmacht, von der Beteiligung großer Teile der österreichischen Polizei an Nazi-Verbrechen in Österreich und in den besetzten Gebieten, von der führenden Rolle österreichischer Verwaltungsspezialisten bei der Organisation und Durchführung des Holocaust – auch nicht die österreichische Provisorische Regierung. Diese unternahm zwar viel zur Ausforschung und Ahndung von NS-Verbrechen, 43 Täter wurden von so genannten Volksgerichten zum Tode verurteilt, Hunderte weitere zu hohen Zuchthausstrafen – aber dem Problem der indirekten Involvierung breiter Teile der Bevölkerung in diese Verbrechen wollte sich die Regierung nicht stellen, sie konnte ja nicht gut gegen die Mehrheit der Bevölkerung regieren.

Nur: Die Verbrechen waren ja geschehen, und wöchentlich förderten die Gerichtsverhandlungen neue Scheußlichkeiten zu Tage. Die spezielle österreichische Art, mit diesem Problem fertig zu werden, hatte zwei Seiten: Die eine war, den Nationalsozialismus zu einer deutschen Angelegenheit zu erklären und damit gewissermaßen zu exterritorialisieren. Die Abgrenzung des wiedererstandenen Österreich vom Nationalsozialismus war vor allem auch eine Abgrenzung von Deutschland. Österreichische Zeitungen stellten in Artikeln die angeblich von Natur aus aggressiven, kriegerischen Deutschen den angeblich von Natur aus konzilienten, friedlichen Österreichern gegenüber. Und innerhalb Österreichs wurde alle Schuld auf den 100.000 so genannten „Illegalen“ abgeladen; das waren diejenigen, die schon vor 1938, zur Zeit ihres Verbots, Mitglied der NSDAP gewesen waren. Die Entnazifizierung, aber auch die gerichtliche Verfolgung setzte zuallererst bei ihnen an und ließ die Opportunisten des Jahres 1938 weitgehend ungeschoren. Erst nach heftigen Diskussionen innerhalb der Provisorischen Regierung wurde ein Kriegsverbrechergesetz beschlossen, das Kriegs- und Humanitätsverbrechen unabhängig von der Parteizugehörigkeit des Täters unter Strafe stellte.

Doch die „Illegalen“ galten weiterhin als Hochverräter, weil sie durch ihre Zugehörigkeit zur NSDAP vor 1938 den „Anschluss“ vorbereitet hatten.

Verdrängung der NS-Verbrechen

Das, was Österreich bei der Ahndung von NS-Verbrechen in der unmittelbaren Nachkriegszeit geleistet hat, ist durchaus beachtlich und braucht einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen. In den sechziger und siebziger Jahren war die Situation ganz anders, da fanden nicht nur kaum Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen statt, sie endeten außerdem in vielen Fällen mit skandalösen Freisprüchen.

Aber diese beachtliche Leistung der österreichischen Justiz ist heute praktisch völlig vergessen. Der Grund dafür führt uns zu einem der zentralen Probleme der politischen Kultur in Österreich.

Österreich betrachtete sich als „erstes Opfer“ Hitler-Deutschlands. Opfer begehen keine Verbrechen. Wer aber von den Verbrechern nicht reden will, darf auch nicht an ihre Bestrafung erinnern. Das heißt: Die erste Verdrängung, die der NS-Verbrechen, bedingte die zweite: die ihrer Ahndung.

Und im Zuge dieses Verdrängungsvorgangs – der fast die gesamte österreichische Nachkriegsgesellschaft, einschließlich der Medien und des Schul- und Bildungswesens erfasste – wurde gleich auch der Widerstand „entsorgt“. Wer von den jubelnden Massen, die Hitler begrüßten, nicht reden wollte, musste auch über die schweigen, die damals schon eingesperrt waren oder den Widerstand organisierten. Wer von den Hunderten Österreichern, die bei der Gestapo Dienst versahen, nicht reden wollte, der musste auch die – durchwegs österreichischen – Opfer dieser Gestapobeamten vergessen.

Diese „Entsorgung“ des Widerstandes betraf das Leben und Sterben der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer selbst, aber auch die Erinnerungszeichen an sie. In vielen Fällen wurden Straßenbenennungen rückgängig gemacht oder Gedenktafeln abmontiert, weil es sich ohnehin „nur“ um Kommunisten gehandelt hatte.

Während aber die Angehörigen des Widerstandes innerhalb der politischen Parteien immerhin noch eine, wenn auch wenig einflussreiche Lobby darstellten, wurden die etwa 65.000 Jüdinnen und Juden, die von den Nazis umgebracht wurden, und die 130.000 Jüdinnen und Juden, die flüchten mussten, gänzlich vergessen. Bis vor kurzem wussten wir nicht einmal die Namen der Opfer. Seit einigen Jahren werden sie am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in einer großen Datenbank erfasst (Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“). Bis heute wissen wir nicht, was ihnen geraubt wurde – erst 1999 hat die österreichische Bundesregierung eine Historikerkommission eingesetzt, die das erforschen soll.

Und erst seit wenigen Jahren wird über die rund 900.000 ZwangsarbeiterInnen gesprochen, die zur Zeit des „Dritten Reiches“ in Österreich eingesetzt waren. Der Widerstand gegen ihre Entschädigung ist unter der österreichischen Bevölkerung – und zwar quer durch alle großen Parteien – so groß, dass sich keine Regierung bisher getraut hat, das Problem der Entschädigung der wenigen Zehntausend, die heute noch leben, ernsthaft anzugehen. Erst die jetzige Bundesregierung hat eine Verantwortliche dafür nominiert, die ehemalige Nationalbankspräsidentin Schaumaier, und die Verhandlungen sind bereits erfolgreich angelaufen.

Die Haltung aller österreichischen Regierungen bis Anfang der neunziger Jahre war: „Wir sind selber Opfer!“ Und: „Österreich hat zwischen 1938 und 1945 als Staat nicht existiert, wer Entschädigungen will, soll sich an Deutschland wenden!“

Es gab zwar eine teilweise Rückgabe von Vermögen, es gab Entschädigungen für Haft in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, aber einige Opfergruppen – zum Beispiel Sinti und Roma oder Homosexuelle – mussten jahrzehntelang warten, um als Opfer des Nazi-Terrors anerkannt zu werden. Das Hauptproblem war aber, dass die ganze so genannte „Opferfürsorge“ – wie das Wort schon sagt – als soziale Maßnahme aufgezogen wurde. Und jedes Zugeständnis an die Nazi-Opfer wurde mit einer finanziellen Zuwendung an die ungleich größere Gruppe der so genannten „Kriegsopfer“, also der Soldaten der Hitler-Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, gekoppelt. Diese hatten auch in allen Parteien mächtige Lobbies und waren als Wähler interessant. Es bedurfte keiner FPÖ – oder ihrer Vorgängerpartei, des so genannten „Verbands der Unabhängigen“ –, um in den fünfziger Jahren in jedem Dorf ein Kriegerdenkmal für die Soldaten zu errichten, die angeblich für ihre Heimat gefallen sind; auf keinem dieser Denkmäler steht, dass sie als Angehörige einer fremden Armee, die 1938 Österreich annektiert hat, gefallen sind.

Politisches Umdenken im Zuge der Waldheim-Diskussionen

Die Regierungen von konservativer Österreichischer Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei waren peinlich bemüht, alles zu vermeiden, was als Eingeständnis einer Verantwortung des österreichischen Staates für die NS-Verbrechen, die von Österreichern begangen wurden, aussehen könnte. Erst 1991, am 8. Juli 1991, hat der damalige sozialdemokratische Bundeskanzler Vranitzky namens der Bundesregierung eine Erklärung abgegeben, in der erstmals anerkannt wurde, dass die österreichischen Nazi-Täter nicht aufgehört haben Öster-

reicher zu sein, nur weil sie ihre Verbrechen zum Großteil in deutscher Uniform verübt hatten. Sie waren aus der österreichischen Gesellschaft hervorgegangen, waren in Österreich zu Antisemiten und Nationalsozialisten geworden und hatten, sofern sie Krieg und Nachkrieg überlebt hatten, in der Zweiten Republik wieder ihre Positionen eingenommen, manche sogar führende Positionen.

Dieses Umdenken der Regierung ist in erster Linie Ausdruck der politischen Redlichkeit des damaligen Bundeskanzlers, dessen Familie selbst mit dem antifaschistischen Widerstand in Beziehung stand. Es ist aber auch eine Reaktion auf Übertreibungen in die andere Richtung. Während der Auseinandersetzungen um die Kriegsvorgänge Kurt Waldheims Ende der achtziger Jahre wurde nicht selten der Anteil der ÖsterreicherInnen an den NS-Verbrechen so dargestellt, als seien die österreichischen Nazis besonders grausam gewesen und als hätten sie hinterher ihre Verbrechen besonders gut zu tarnen vermocht. (Auch in den heutigen Diskussionen hat man übrigens manchmal den Eindruck, als wären die ÖsterreicherInnen insgesamt eine besonders widerliche Variante der unsympathischen Deutschen.)

Eine solche Auffassung passt zwar zum Selbstbild vieler ÖsterreicherInnen, das zwischen Selbstmitleid und Selbsthass schwankt, sie hält aber dem historischen Befund nicht stand. Ebenso wenig übrigens wie die in den Jahrzehnten zuvor in Österreich gern kolportierte Geschichte, österreichische Wehrmachtssoldaten seien in den okkupierten Ländern generell freundlicher aufgenommen worden als deutsche.

Das Besondere ist nicht so sehr das, was während der NS-Zeit passierte – da ist festzustellen, dass viele Deutsche auf ihre österreichischen Kameraden eher verächtlich herabblickten, was bei den einen eine gewisse Resistenzhaltung förderte, bei den anderen einen besonderen Eifer bei der Erfüllung verbrecherischer Befehle hervorrief. Das Besondere ist das, was nach 1945 geschah:

Die Deutschen mussten sich – Kollektivschuld hin oder her – in ihrer Gesamtheit die Frage stellen lassen: Wieso war so etwas in eurer Gesellschaft möglich? Und: Was tut ihr *jetzt*, um diese Verbrechen zu ahnden und eine Wiederholung ein für allemal unmöglich zu machen?

Die ÖsterreicherInnen hatten auf den ersten Blick die komfortablere Position: Sie konnten in der Rolle von Hitlers erstem Opfer international reüssieren und hinter diesem Paravent unangenehme Fragen aus dem Weg gehen. Das hat zu fatalen Folgen für die politische Kultur im Inneren geführt – der Populismus Jörg Haiders ist nicht nur xenophobisch, sondern er spricht auch gerade diese Verdrängungs- und Trotz-Mechanismen an, hatte aber auch eine fragile Position Österreichs auf dem internationalen Parkett zur Folge. Diese Tatsache

wurde zwar schon in den siebziger Jahren von einigen Historikerinnen und Historikern wahrgenommen, die Politik brauchte aber bis zur Waldheim-Affäre, um zu begreifen, dass die Geschichte von Österreich als erstem Opfer nicht mehr geglaubt wurde. Das hartnäckige Bestreiten der Mitverantwortung Hunderttausender Österreicher an den NS-Verbrechen hat übrigens international einen seltsamen Effekt gehabt: Österreichische HistorikerInnen, die früher ihre Gesprächspartner über die Rolle der österreichischen Nazis im Holocaust aufklären mussten, sehen sich heute in der Rolle, einem oft ungläubigen Publikum erklären zu müssen, dass 1938 nicht alle gejubelt haben und Österreich nicht freiwillig dem „Dritten Reich“ sozusagen beigetreten ist.

Der von mir eingangs erwähnte Professor Felix Kreissler hat 1988 mehrmals ein Experiment durchgeführt – jedesmal mit demselben Ergebnis. Er hat einen Bericht vorgelesen, aus dem hervorging, mit welchem Enthusiasmus die ÖsterreicherInnen Hitler bejubelt hätten – niemand erriet, woher er den Text hatte: Aus dem *Völkischen Beobachter*, dem Zentralorgan der NSDAP.

Es gab in den achtziger Jahren einen österreichischen Bundeskanzler, Fred Sinowatz, über den viele böse Witze gemacht wurden. Einer seiner am meisten belächelten Sätze hat sich inzwischen als politische Weisheit entpuppt: „Es ist alles sehr kompliziert.“